

Kambeck, Rainer

Article — Published Version

## Bankenkrise: Steuerzahler tragen die Folgen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Kambeck, Rainer (2008) : Bankenkrise: Steuerzahler tragen die Folgen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 88, Iss. 9, pp. 556-, <https://doi.org/10.1007/s10273-008-0837-z>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42962>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Die Übernahme der beiden größten US-Immobilienbanken, Fannie Mae und Freddie Mac, durch das Finanzministerium der USA und die aktuellen Hilfsmaßnahmen zugunsten der Investmentbank Lehman Brothers sind vorläufige Höhepunkte einer Reihe von spektakulären staatlichen Rettungsaktionen für private und öffentliche Banken. Trotz dieser Staatseingriffe ist ein Ende der Finanzmarktkrise nicht abzusehen. Im Vergleich zu den USA spielen in Deutschland die öffentlichen Banken eine viel größere Rolle – leider auch in Bezug auf Fehlspekulationen. Allen voran ist hier die IKB Deutsche Industriebank AG zu nennen, an der die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bis vor kurzem 38% der Anteile hielt. Inzwischen wurde die IKB für nur 137 Mio. Euro an den privaten US-Finanzinvestor Lone Star veräußert. Bis zur endgültigen Abwicklung des Verkaufs hat die KfW knapp über 90% der Aktienanteile übernommen. Ebenfalls erhebliche Verluste aus hochriskanten Geschäften mit US-Hypothekendarlehen brachten die Landesbanken aus Sachsen und Nordrhein-Westfalen in eine finanzielle Notlage; auch andere Landesbanken mussten Abschreibungen in erheblichem Umfang vornehmen.

Wie ist die Krise der Finanzmärkte unter dem Aspekt private versus staatliche Verantwortung zu bewerten? Keinesfalls eindeutig! Denn in Großbritannien und den USA waren es eher private Banken, die der Staat gerettet hat, in Deutschland sind es hingegen vor allem die öffentlichen Banken, die durch Fehlspekulationen in Schieflage gerieten. Bei einer Analyse der Bankenkrise in Deutschland kann man kaum zu dem Ergebnis kommen, dass der Staat in Zukunft eine noch größere Rolle im Bankensektor spielen sollte. Im Gegenteil: Überzeugende Argumente dafür,



Rainer Kambeck

## Bankenkrise: Steuerzahler tragen die Folgen

dass eine staatliche Bank effizienter und effektiver arbeitet als eine private, lassen sich kaum anführen. Bei welchen Geschäften sollten öffentliche Banken den privaten überlegen sein? Auf jeden Fall nicht bei den häufig angeführten Kreditgeschäften mit dem Mittelstand.

Wurde die angeschlagene IKB verramscht? Schaut man ausschließlich auf den Verkaufserlös, sieht es zunächst eindeutig nach einem schlechten Geschäft für die Eigentümer aus, denn diese hatten vor wenigen Wochen noch damit gerechnet, das Fünffache einnehmen zu können. Berücksichtigt man dann noch die bisher bereits geleisteten Hilfen für die Bank in einer Gesamthöhe von etwa 11 Mrd. Euro – alleine rund 8 Mrd. Euro kommen vom Bund –, sieht es so aus, als habe Lone Star ein sehr gutes Geschäft gemacht. Aus Sicht des Steuerzahlers ist dies in der Tat eine verheerende Bilanz: Milliarden werden zur Rettung der Bank ausgegeben und beim Verkauf nur ein Bruchteil davon wieder eingenommen.

Allerdings bestimmt nicht die Vergangenheit den Kaufpreis einer Bank, sondern – wie bei jeder

anderen Firma auch – die Zukunft. Und da sieht es zunächst einmal düster aus, wenn man die Risiken bewertet, die das Portfolio der Bank noch birgt – nach Angaben der Bank noch einmal in einer Größenordnung von 4,6 Mrd. Euro. Davon wird die KfW 1,3 Mrd. Euro abdecken, wovon bei Realisierung bis zu 600 Mio. Euro vom Bund kommen sollen. Die Differenz macht deutlich, dass ein Verkauf unter Berücksichtigung der drohenden Ausgaben sinnvoll war. Besser ein Ende mit Schrecken, sprich: ein unerwartet niedriger Erlös, als ein Schrecken ohne Ende, sprich: nochmalige Übernahme von zukünftigen Ausfallzahlungen in Milliardenhöhe, für die wieder die Steuerzahler hätten aufkommen müssen.

Welche Lehren können vorläufig gezogen werden? Die Übernahme von Fannie Mae und Freddie Mac durch das US-Finanzministerium und die Rettungsaktivitäten, die Bund und Länder in Deutschland für die öffentlichen Banken durchgeführt haben, zeigen, dass sich die Verantwortlichen auf staatlicher Seite gezwungen sahen, in außergewöhnlich kritischen Situationen einzugreifen, um noch größeren Schaden von den Finanzmärkten und dem Bankensektor abzuwenden und um schließlich ein noch stärkeres Durchschlagen auf die Realwirtschaft zu verhindern. In Bezug auf die beiden wichtigsten US-Immobilienbanken kann man dies wegen deren Marktbedeutung noch nachvollziehen, bei der IKB fällt dies schon schwerer. Der Schaden für die Steuerzahler ist jedenfalls erheblich und das Vertrauen der Bürger in das Finanzsystem nachhaltig gestört.

*Rainer Kambeck ist Leiter des Kompetenzbereichs „Öffentliche Finanzen“ im Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)*  
rainer.kambeck@rwi-essen.de